



Frau Bürgermeisterin
Heike Seifert-Leschhorn
Amtsstraße 10

Fußgönheim, den 02.03.2025

67136 Fußgönheim

**Antrag
auf
„Mehr Sicherheit im Straßenverkehr in der Bahnhofstraße“
(Folgeantrag)**

Sehr geehrte Frau Ortsbürgermeisterin Seifert-Leschhorn,

schon seit Jahren ist die Verkehrssituation in der Bahnhofstraße, der innerörtlichen Fortführung der Landesstraße 454, für viele Anwohnerinnen und Anwohner ein Problem. Um Abhilfe zu schaffen, hat der Ortsgemeinderat mehrere Beschlüsse gefasst, die aber bis heute von den zuständigen Behörden nicht ernsthaft geprüft wurden.

Mittlerweile können wir feststellen, dass im Ortsteil Schauernheim der Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim im Bereich der gleichen Landesstraße L454 nahezu durchgängig Tempo 30 eingeführt worden ist, obwohl verschiedene Kriterien, die in Fußgönheim für eine Einführung von Tempo 30 sprechen, dort offensichtlich nicht gegeben sind.

Im Folgenden möchten wir deshalb die bisherigen Bemühungen der SPD-Fraktion um Abhilfe zusammenstellen:

Ratssitzung 3. November 2021, Antrag auf mehr Sicherheit im Straßenverkehr, der Antrag ist diesem Schreiben als Anlage beigelegt.

Der Gemeinderat fasste damals den nachstehenden einstimmigen Beschluss: *Die Verbandsgemeindeverwaltung Maxdorf wird aufgefordert in Zusammenarbeit mit allen erforderlichen Stellen, insbesondere dem LBM, zu überprüfen inwieweit im südlichen Teil der Bahnhofstraße zwischen Ellerstadter Straße und Amtsstraße ein streckenbezogenes Tempo 30 eingeführt werden kann.*

Des Weiterem ist zu prüfen, ob in Höhe der Anwesen Bahnhofstraße 22 und 24 ein Fußgängerüberweg („Zebrastreifen“) geschaffen werden kann.

Und als Zusatz: Die CDU-Fraktion stellt den Antrag mit dem LBM die Gespräche wiederaufzunehmen und zu klären, wie der Gehweg auf der westlichen Seite



der Bahnhofstraße 1-7 sowie im Kreuzungsbereich Bahnhof-, Amts- und Speyerer Straße verbreitert werden kann, damit auch Personen mit Rollatoren und Kinderwagen diesen Abschnitt sicher begehen können.

Seitens der Verwaltung kam dazu keine Rückmeldung, weshalb die SPD-Fraktion eine schriftliche Anfrage zum Sachstand in der Ratssitzung vom 28.02.2024 machte. Dabei stellte sich heraus, dass der gefasste Beschluss im zuständigen Fachbereich der Verbandsgemeindeverwaltung nicht vorlag bzw. nicht bekannt war, wie der zuständige Beigeordnete Michael Niederberger bekannt gab. Der Sachverhalt sollte deshalb im nächsten Jahresgespräch von LBM und Verbandsgemeindeverwaltung thematisiert werden.

Dies geschah am 05.03.2024. Als Resultat wurde festgehalten: „*Es besteht aufgrund der engen Bebauung gewisse Chancen auf Umsetzung von Tempo 30 wegen Lärmschutzes. Einen entsprechenden Antrag soll die VG dem LBM zuleiten*“. Soweit die Niederschrift der Verbandsgemeinde vom 16.04.2024, die der damalige Ortsbürgermeister den Ratsmitgliedern am 17.04.2024 per E-Mail schickte.

Seitdem gibt es keinerlei Rückmeldungen zum Sachverhalt mehr.

Die SPD-Fraktion erneuert deshalb ihren damaligen Antrag. Des Weiteren beantragt sie Informationen darüber ob bzw. wann die Verbandsgemeindeverwaltung den im Jahresgespräch empfohlenen Antrag an den Landesbetrieb Mobilität schickte und welche Ergebnisse aus der Messung vorliegen.

Ebenso fragen wir nach, inwieweit der seinerzeit geforderte Fußgängerüberweg umgesetzt werden kann.

Wir bitten, diesen Antrag als Tagesordnungspunkt in die kommende Ratssitzung am 12.03.2025 aufzunehmen.

Thomas Bauer
Fraktionsvorsitzender

Marie-Luise Klein
Stellvertr. Fraktionsvorsitzende